

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Unabhängigen Sozialdemokraten.

Bezugspreise:
Einzelnummer 25 Pf. Durch Kundträger 1.40 Mk. für die Woche, 6.-Mk. für den Monat.
Durch die Post: 6.10 Mk. für den Monat.

Postfachkonto, Nr. 22885
„Sozialistischer Verlag, s. G. m. b. H.“, Breslau.

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0.90 Mk., andwärts 1.00 Mk.
Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Verträge und Veranlassungsmittel 0.50 Mk.
Reklame: Die Reklamezeile, beiseitigspalten oder deren Raum, hinter 2.-Mk.

Erster Betriebsräte-Kongress!

Friede?

Riga, 5. Oktober. Der Sonderberichterstatter von „United Telegraph“ erfährt, daß am heutigen Dienstag der Präliminarfrieden zwischen Polen und Rußland unterzeichnet worden ist.

Rußland.

Moskau, 5. Oktober. Funkspruch an Alle. Das allrussische Zentral-Volkskomitee hat folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Von allen arbeitenden Bauern Rußlands wird vollständige unweigerliche Ausführung der Lebensmittelablieferung verlangt. 2. Die Arbeiten zur Bereitstellung von Nahrungsmitteln sind in kürzester Frist zu beenden. 3. Zu den Versorgungsarbeiten sind die besten Kräfte heranzuziehen. 4. Den Versorgungsarbeiten ist dieselbe Bedeutung zuzumessen wie den Transportarbeiten.

Seltingfors, 4. Oktober. Lenin gab auf allrussischem Kongress Bericht über Frontlage: Die Entente unterstützt Polen und B. angel. Winterfeldzug wird kaum zu vermeiden sein. Militärische und wirtschaftliche Lage Rußlands bieten genügend Gewähr für endgültigen Sieg.

Baku. Enver Pascha hat sich den Bolschewiki angeschlossen.

Riga. Tschißnerin ist hier eingetroffen. Seine Haltung läßt keine starke Hoffnung, daß die Polen die größten wahnwitzigen Raubgelüste befriedigen können.

Der internationale Bergarbeiterauschuß.

Bekanntlich hatte der internationale Bergarbeiterauschuß in Genf beschlossen, daß zwei Monate nach seiner Tagung der internationale Auschuß sich erneut in einer Sitzung mit dem Stande der Frage der Sozialisierung des Bergbaues in den verschiedenen Ländern befassen solle. Der Auschuß hat nunmehr beschlossen, am 5. Oktober zu dieser Tagung in London zusammenzutreten.

Zum Abbruch der Aktion in Italien.

Nach zuverlässigen Berichten waren in der letzten Aktion die Aussichten des Proletariats auf einen vollen Sieg sehr günstig. Im ganzen Lande hatten die Arbeiter die Fabriken, Werften und Bergwerke besetzt. Sie waren mit Waffen und Munition reichlich versehen, daß die Regierungstruppen keinen Angriff auf sie wagen konnten. Neben der Bewegung der Industriearbeiter ging eine entsprechende des Landproletariats einher. Die 800 000 organisierten Landarbeiter und die Millionen von Kleinpächtern hatten bereits vielfach angefangen, die großen Güter zu besetzen. Bei diesem Stand der Bewegung haben sich nun die rechtsstehenden Gewerkschaftsführer mit der Regierung verständigt: die Arbeiter wurden zum Abbruch der Aktion veranlaßt, und der Gewinn des italienischen Proletariats besteht in einem — Betriebsräte-Geis. Die Enttäuschung über diesen Verlauf kommt in der Presse klar zum Ausdruck.

„Daily Herald“:

Der Sieg der Arbeiter mag vom wirtschaftlichen Standpunkt aus vollständig sein. Aber diejenigen, welche die Möglichkeit nach radikalen Veränderungen sahen, sind schwer enttäuscht. Die Wahrheit ist, daß eine Revolution in diesen Tagen hätte gemacht werden können, und daß sie nicht gemacht worden ist. Die Führer hatten einen Augenblick des Schreckens und diesen Augenblick hat die Regierung geschickt ausgenutzt.

„Avanti“:

Nur vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus gesehen, konnte die Niederlage der Unternehmer nicht vollständiger sein. Aber wenn man die Dinge politisch betrachtet, haben die Kritiker recht. Es ist klar, daß nicht nur die Metallarbeiter gesiegt haben, sondern daß auch Giolitti gesiegt hat. Die den Arbeitern gewährte Fabrikkontrolle ist entweder eine Täuschung oder eine Korruption, denn eine Kontrolle ist eine Mitarbeit, und so würden die Arbeiter zu Gehilfen des Unternehmertums werden. Aber dieser Zustand kann nicht lange dauern und dann kommt unbedingt der Entscheidungsmoment.

Seeresgerät für Polen aufgehalten.

Aus Kiel wird gemeldet: In der Holtenauer Schleiße wurde vom Reichswasserichuß ein holländischer

Dampfer angehalten, der von Rotterdam nach Danzig bestimmt war. Das Schiff hatte zwei amerikanische Flugzeuge für die polnische Armee an Bord, die mit Maschinengewehren ausgerüstet waren. Dem Kapitän des Schiffes wurde bedeutet, daß seine Ausreise nicht gestattet werde und daß er ausladen oder umkehren müsse. Er erwartet jetzt die Order seiner Reederei ab und wird dann wahrscheinlich nach Rotterdam zurückkehren.

Der Streik im Berliner Zeitungsgewerbe.

Der Streik im Berliner Zeitungsgewerbe geht weiter. Nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der Angestellten, der in den gelben Gewerkschaften zusammengeschlossen ist, arbeitet auf Grund einer Abmachung mit den Unternehmern zusammen und leistet Streikbrecherdienste. Das technische Personal erklärte sich solidarisch mit den Angestellten.

Streiks.

I.

Infolge Ausperrung der Rieter auf den Howaldtwerken in Kiel hat nunmehr die gesamte Belegschaft dieser Werft die Arbeit niedergelegt. Der Betrieb ruht in allen Abteilungen. Auch Kollidandarbeiten werden nicht ausgeführt.

II.

Die Kesselheizer im städtischen Elektrizitätswerk Moabit sind wegen Streitigkeiten über die Arbeitszeit in den Ausstand getreten. Der Betrieb der Berliner Straßenbahnen ist dadurch lahmgelegt.

Im Hantaviertel hörte auch die elektrische Beleuchtung auf, so daß ganze Straßenzüge in Dunkel getaucht sind. In der Telefonzentrale des Amtes Zentrum arbeiten die Telephonistinnen bei Taglicht. Da auch hier der Strom abge schnitten worden ist.

Lettow-Vorbed,

einer der Ober-Kapitänen, ist amnestiert worden; das Verfahren gegen ihn wurde eingestellt. — Wir haben nichts anderes erwartet.

Genosse Eisenberger,

der kommunistische Landtagsabgeordnete in Bayern, ist am Montag wegen Hochverrats zu zwei Jahren Gefängnis unter Anrechnung von 3 Wochen Untersuchungshaft verurteilt worden. In Uebereinstimmung mit der reaktionären Mehrheit des bayerischen Landtags, die die Genehmigung zur Strafverfolgung erteilt hatte, lehnte auch das „Volksgericht“ die Anträge ab, die den Angeklagten unter den Schutz der Immunität stellen wollten. Die Beurteilung erfolgte, weil einige Zeugen Eisenbergers Reden als „gotteslästerlich und aufreizend zum Klassenhaß“ empfunden hatten.

Am deutschen Wesen wird die Welt genesen.

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus München: Der bekannte Sexualforscher Dr. Magnus Hirschfeld hielt in München einen Vortrag über die Steinachsche Verjüngungstheorie. Die Veranstaltung wurde von deutschösterreichischen Elementen durch wilde Tumulte antisemitischen Charakters gestört. Nach dem Vortrag wurde Dr. Hirschfeld auf der Straße von einer Horde junger Burschen überfallen und so schwer mißhandelt, daß er in ein Krankenhaus gebracht werden mußte.

Hilfe für die Anschlußgegner.

Die amerikanische Besatzungsbehörde des Bezirks Mittelrhein verweigert die Akkultation für die Annahme der Bedingungen. Nachdem im Kreis Remscheid die Mitgliederversammlung für die Bedingungen ausgesprochen hatte, verlangte die Besatzungsbehörde von dem Vorstand unter Verhaftungsandrohung die Einberufung einer neuen Mitgliederversammlung zur Revision des Beschlusses. Die Ablehnung der Punkte vier und vierzehn wurde dem Vorstand vorgeschrieben. Der Vorstand hat eine neue Mitgliederversammlung einberufen, doch wurde sie außer von dem Vorstand von keinem einzigen Mitglied besucht.

Die Haltung der reaktionären Besatzungsbehörde zeigt, wie sehr die Imperialisten das Verlangen der deutschen Arbeiter zur 3. Internationale fürchten. Die Anerkennung der Bedingungen bedeutet einen Schlag gegen die Weltreaktion. Deshalb eilen die reaktionären Behörden den Anschlußgegnern zu Hilfe.

Die Moskauer Bedingungen.

1. Proletariat und Kleinbürgertum in der Arbeiterklasse.

(Zum Parteitag.)

E. K. In den letzten Jahrzehnten hat die wirtschaftliche Lage breiter Schichten der Arbeiterklasse eine dauernde Wandlung erfahren. Ein wesentlicher Teil der ganzen Klasse wurde bürgerlicher Denk- und Anschauungsweise durch Besserung der Einkommensverhältnisse näher gebracht. Eine wirtschaftliche Hebung oder Senkung bleibt ohne politische Folgen. Die Ursachen der Zerspaltung der Arbeiterklasse liegen sowohl in der Eigenentwicklung der kapitalistischen Erwerbsform (die ja Produktionsform nur als Nebenerscheinung des Erwerbs ist), als auch in den kapitalistischen Methoden des Kampfes. Aus ihnen folgte die Hebung großer Arbeitermassen ins Kleinbürgertum, die das Eindringen der kleinbürgerlich-reformistischen Ideenlehre in die Arbeiterparteien und ihr langdauerndes Vordringen ermöglichte und damit die Klasse zerspaltete, derart, daß die obersten Schichten ideologisch dem Bürgertum näher stehen als den untersten der eignen Klasse, den reinen Proletariern.

In den obersten Schichten ist der Drang nach Befreiung von der Ausbeutung allmählich ganz erloschen. Dort genügt die soziale Reform, die Milderung der übelsten Auswüchse des Kapitalismus, die ohne Klassenkampf, durch Predigt, Parlament, Arbeitsgemeinschaft und Verbesserung mit den benachbarten bürgerlichen Schichten zu erreichen ist. In den unteren Schichten erzwingt die Intensität der täglichen Not, das leidliche Dasein, einen starken Drang nach Befreiung durch revolutionäre Tat. Dort lebt der Klassenhaß, der unbrechbare Wille, die Herrschaft der Ausbeuter und alle ihre Ausbeutungsapparate gründlich zu zertrümmern. Dort lebt der von der Brutalität der Ausbeutung täglich gespeiste Instinkt zur Revolution.

Diese beiden ökonomisch, wenn auch nur der Einkommenshöhe, nicht der Art des Erwerbs nach verschiedenen Schichten, sind natürlich nicht scharf voneinander abgegrenzt, sie laufen vielmehr in zahlreichen Zwischenstufen ineinander über. Ihre Erstarrung zur Klasse ist wegen der sehr beschränkten Übertragbarkeit des erworbenen Besitzes und wegen der Krisenschleuderungen des kapitalistischen Systems unmöglich. Jede kapitalistische Krise (Weltkrieg) spült den in den oberen Schichten aufgestapelten, meist geringfügigen Besitz wieder fort, führt zur Aufhebung der gemachten Ersparnisse. Von den kapitalistischen Krisen wird aber nicht nur die Arbeiterklasse allein berührt, sondern ebenso gewisse Schichten des Bürgertums, die durch sie in ihren Einkommensverhältnissen sinken, oft auch durch Versteigerung ihrer Erwerbsequellen zum Verkauf ihrer Arbeitskraft gezwungen (proletarisiert) werden.

Wer die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ durch Austragen oder Kolporteur nicht bekommen kann, bestelle sie sofort bei der nächstgelegenen Postanstalt.

Unterzeichnete — bestellt hiermit die
Schlesische Arbeiter-Zeitung
Erscheinungsort Breslau
für den Monat _____
Bezugspreis pro Monat 6.10 Mark einschl. Postgeb.
(Der Betrag ist vom Briefträger einzulassen.)
Name u. Stand: _____
Wohnort: _____
Straße u. Haus-Nr. _____

Falls ein Postamt die Annahme der Bestellung verweigert, schreibe man sofort an die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“, Breslau 1, Nikolaitraße 49/50.

Die an die Grenzen zwischen Arbeiterklasse und Bürgertum aufsteigenden Schichten nahmen an dem „kulturellen“ und gesellschaftlichen Leben des Bürgertums viel mehr teil als die rein proletarischen, die in dem Druck der täglichen Not die dazu notwendige Einstimmung (Ruhe) und Regsamkeit (Ausgeruhtheit) nicht aufbringen konnten. Ebenso brachten die aus bürgerlichen Schichten in die Arbeiterklasse sinkenden Einzelnen die Denk- und Anschauungsweise, die gesellschaftlichen Gewohnheiten des Bürgertums ständig mit. Daraus ergab sich ein „geistiges“ Gefüge, das von den untersten bürgerlichen Schichten nicht mehr zu unterscheiden ist. Das ist das Kleinbürgertum.

Die Kleinbürgerlichen Elemente wirken nach unten in der Arbeiterklasse fort. Sie zerstreuen, lähmen, schwächen sie. Ihnen entgegen wirkt der aus der Wirkung der Ausbeutung entstehende Klassenhaß, der bei klarer politischer Erziehung, konsequenter revolutionärer Durchbildung ergänzt wird durch Klassenstolz, einen Stolz, den der Klassenkämpfer der Kultur und den gesellschaftlichen Sitten und Gebräuchen des Bürgers bewußt entgegensetzt. Dadurch unterscheidet er sich ganz deutlich von den Kleinbürgerlichen und revolutionär nicht durchbildeten Schichten seiner Klasse, die nämlich dem Bürger „nahefeiern“. Klassenhaß und Klassenstolz zusammen ergeben erst das, was man revolutionäres Klassenbewußtsein nennt, ohne dessen Entwicklung die Befreiung der Menschheit von der Ausbeutung und der wirtschaftlichen und kulturellen Unterdrückung unmöglich wäre.

Die Tatsache, daß die bestehende Staatsordnung wirtschaftlich und politisch den Interessen der Arbeiterklasse zuwiderläuft, ist fast allgemein in ihr erkannt. Aus der Erkenntnis der Ursachen des Massenelends entwickelte sich allmählich eine mehr oder weniger deutlich ausgeprägte Theorie einer neuen Ordnung, die die Möglichkeiten der Ausbeutung und der Unterdrückung nicht mehr in sich enthält. Der Ansatz dieser Theorie in die Praxis soll vollzogen werden durch gemeinsame Aktion der unter den bestehenden Verhältnissen Leidenden. Der dazu erforderliche Wille ist in ausreichendem Maße vorhanden.

Verschieden aber sind die Lehren von den Bedingungen dieses Aufbaus der neuen Ordnung. Die für Deutschland wesentlichen sind folgende:

1. **Marxismus** (auch revolutionärer, reiner, radikaler Marxismus) = Zertrümmerung des vorhandenen Staatsapparates durch proletarische Revolution, Aufbau eigener Staatsorgane der Arbeiterklasse (Räte) bis zur Vollendung des Sozialisierungsprozesses, dessen Durchführung und Schutz den Marxisten übertragen wird (Diktatur) und durch den die Klassen aufgelöst, die Diktatur also in Demokratie übergeführt wird. Ökonomisches Hauptfundament: reines Proletariat. Parteiliche Sammelbeden: L. P. D. und U. S. P. D.

2. **Marxistisches Zentrum** = Eroberung des vorhandenen Staatsapparates durch proletarische Revolution, kein Aufbau eigener Klassenorgane, sondern Übernahme der alten durch Entfremdung des alten Inhalts, Demokratie aller Werktätigen, die diktatorisch den Sozialisierungsprozeß durchführen und schützen soll. Ökonomisches Hauptfundament: proletarische und kleinbürgerliche Schichten der Arbeiterklasse. Parteiliche Sammelbeden: rechte U. S. P. D. und linke S. P. D.

3. **Reformismus** = Eindringen in den vorhandenen Staatsapparat durch friedliche (parlamentarische) Mittel (Stimmzettel), bürgerliche Demokratie, Sozialisierungsprozeß wird übertragen dem bestehenden Staatsapparat durch Mehrheitsbeschluß aller Staatsangehörigen. Ökonomisches Hauptfundament: kleinbürgerliche Schichten der Arbeiterklasse und des Bürgertums. Parteiliche Sammelbeden: S. P. D.

Diese auf die ökonomischen Zusammenhänge bezügliche Darstellung ist natürlich schematisch. Die wirtschaftlichen Forderungen und Sentenzen innerhalb der Arbeiterklasse haben nicht sofortige politische Auswirkung, nicht sofortige Radikalisierung oder Einschläferung der Massen zur Folge, sondern allmähliche.

Auch der ökonomisch verleinbürgerte Arbeiter, selbst der Bürger kann revolutionär werden und andererseits gibt es zahlreich Arbeiter in größtem Elend, die sich niemals zu revolutionärem Tatwillen erheben können. Aber bei allen diesen von der Klassenlage Abweichenden handelt es sich um Ausnahmen, um Einzelne, die sich entweder von einem starken und lebendigen Klassenbewußtsein (tätlich) getrieben der Revolution anschließen oder um solche, die mit den Mitteln verhandlungsmäßiger Erkenntnis begreifen haben, daß der Klassenkampf durchgeschritten werden muß.

weil das kapitalistische Wirtschaftssystem falsch, unzuverlässig und unhaltbar ist.

Wenn man aber Entscheidungen treffen soll, die die Entwicklung der Weltrevolution bis ins tiefste berühren, so darf man nicht vergessen, daß die Ideenlehre einer politischen Partei nur umgesetzt werden kann in Tat durch die breiten Massen. Die sind, soweit nicht proletarisches Elend sie instinktiv in die Reihen der für sie kämpfenden Sozialisten treibt, schwer zu erfassen, weil der wissenschaftliche Sozialismus bei der ungeheuerlichen Schulverbildung ihnen ganz fern ist und die revolutionären Sozialisten vor der Übernahme der Macht nicht über halbwegs ausreichende Möglichkeiten verfügen, diese Erkenntnis breiten Massen zu vermitteln. Die Radikalisierung der Massen (das ist die Zunahme der proletarischen, die Abnahme der kleinbürgerlichen Schichten innerhalb der Arbeiterklasse) ist die Folge der kapitalistischen Krise. Ueber diese ökonomischen Bedingungen der Weltrevolution wird dann im zweiten Teile noch zu reden sein, wenn wir über die Notwendigkeit der Abspaltung zu reden haben, nachdem wir ein möglichst klares Bild von den Lehren des marxistischen Zentrums gewonnen haben.

Die Arbeiterklasse hat mit ihrer Ausdehnung immer mehr ihr einheitliches Gepräge verloren. Die Begriffe Arbeiterklasse und Proletariat decken sich immer weniger. Entsprechend diesem Entwicklungsprozeß ist es selbstverständlich, daß die Lehre von der Bewirkung des Zieles nicht mehr einheitlich sein kann, daß die Ziele und damit auch die Methoden verschiedenartig werden mußten.

Sie entsprechen den Interessen der Schichten. Sie führen natürlich auch zur Ausprägung ihnen entsprechender Parteien. Das aber, was die Arbeiterbewegung so besonders aktionsunfähig machte, war nicht das Vorhandensein verschiedener Parteien, sondern die Tatsache, daß innerhalb der Parteien verschiedene Befreiungslehren zusammengepackt sind. In unserem Falle: Die U. S. P. D. enthält Vertreter der Gedankengänge des reinen Marxismus und solche des marxistischen Zentrums. Daraus ergibt sich naturgemäß eine innere Unklarheit, die von einem Punkte der Entwicklung an gefährlich werden muß und die oben drein die Massen ganz erheblich verwirrt. Die Partei tritt nicht einheitlich auf, zeigt keine Sicherheit. Die Arbeiter fühlen das bald heraus und verlieren das Vertrauen. Leider verlieren sie damit aber in den noch weniger geschulten Schichten nicht nur das Vertrauen zu ihrer Partei, sondern zur Partei überhaupt. Der Klärungsprozeß stellt sich ihnen als Zerreißungsprozeß dar, wogegen sie sich aus ganz gesundem Klasseninstinkt natürlich sträuben. Bei dem mangelhaften Einblick hatten sie alle diese Klärungsprozesse lange Zeit für künstliche Gebilde, entstanden durch Streitigkeiten zwischen Führern. Außerdem wird bei dieser zweifelslos notwendigen und unvermeidbaren Trennung in falsch verstandenem agitatorischen Interesse zu wenig mit sachlichen Motivierungen gekämpft und dumme und schädliche persönliche Angriffe und Beschimpfungen verstärkt das seit dem 1. August reichlich vorhandene Mißtrauen der Massen gegen Führer überhaupt.

Es bilden sich, gleich kaum A. B. G. und U. S. P. D. Splitter zu irgendwelchen, auf die Dauer natürlich nicht haltbaren, selbständigen Gruppen aus.

Hier soll der Versuch unternommen werden, sachlicher Beweisführung ein Gerippe zu schaffen. Unwissenschaftlichkeit stellt sich der ganze Vorgang dar als die Folgeerscheinung des ökonomischen Sinkens der Arbeitelasse zum Kleinbürgertum in der Zeit kapitalistischer Krise und des Rücktritts zum Proletariat hin in der Zeit der kapitalistischen Krise.

Mit anderen Worten: als das Eindringen bürgerlicher Gedankengänge vor und ihr Wiederhinausdrängen nach dem Kriege. Und dieses Wiederhinausdrängen zu begünstigen und zu beschleunigen, das ist das Ziel der Moskauer Bedingungen! Die von kleinbürgerlicher Ideologie (Reformismus) reinste Form des Marxismus ist der Kommunismus. Welche Form er sich in Deutschland ausprägen wird, darüber läßt sich erst reden, wenn von dem Gesamtvorgang ein klares Bild gewonnen ist.

Hier muß zunächst noch einmal darauf eingegangen werden, in welcher Weise Partei und Gewerkschaft von dem Verbürgerlichungsprozeß beeinflusst wurden.

(Fortsetzung folgt.)

Der Bericht über die dritte Internationale.

(Schluß)

III.

Die Gewerkschaften streben schon zur Friedenszeit nach internationaler Vereinigung, denn die Kapitalisten greifen bei Streiks zur Heranziehung von Arbeitern aus anderen Ländern als Strafmittel. Aber die Internationale der Gewerkschaften war vor dem Kriege nur von untergeordneter Bedeutung. Sie strebt die finanzielle Unterstützung einer Gewerkschaft durch die andere, die Organisation einer lokalen Statistik an, nicht aber die Organisierung des gemeinsamen Kampfes, denn die von Opportunisten geleiteten Gewerkschaften suchen jedes revolutionäre Gepräge von internationaler Umfang zu vermeiden. Die opportunistischen Führer der Gewerkschaften, die während des Krieges, jeder in seinem Land, Salorien der Bourgeoisie waren, streben nun die Wiederherstellung der Gewerkschaftsinternationale an und versuchen es ihr eine Waage für den Kapitalismus gegen das Proletariat zu machen.

Ueber der Führung von Legien, Jonhson, Compers schaffen sie ein Vorkommando ein Arbeiterbureau, diese Organisation des internationalen kapitalistischen Kampfes. Sie haben in allen Ländern die Streikbewegung nach Geheiß zu organisieren, die die Arbeiter verpflichten, sich dem Schicksal der Vertreter des kapitalistischen Staates zu unterwerfen. Sie haben überall durch Abkommen mit den Kapitalisten Kompagnen für die qualifizierten Arbeiter durchzuführen, um auf diese Weise die wachsende Einheit der Arbeiterklasse zu verhindern.

Die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale ist somit ein Stellvertreter der bankrotten Brüsseler zweiten Internationale. Die kommunistischen Arbeiter, die den Gewerkschaften aller Länder angehören, müssen im Gegenteil danach streben, eine internationale Kampffront der Gewerkschaften zu schaffen. Es handelt sich jetzt nicht um finanzielle Unterstützung im Streikfall, sondern darum, daß im Augenblick einer Gefahr, die die Arbeiterklasse eines Landes bedroht, die Gewerkschaften der anderen Länder als Organisationen der breitesten Massen zu ihrem Schutze streben, es unmöglich machen, daß die Bourgeoisie ihres Landes der Bourgeoisie eines anderen Landes Hilfe leistet, die sich im Kampf mit der Arbeiterklasse befindet. Der Wirtschaftskampf des Proletariats in allen Ländern wird mit jedem Tage immer mehr zum Revolutionskampf. Daher müssen die Gewerkschaften bewußt alle Kraft zur Unterstützung eines jeden Revolutionskampfes aufwenden, sowohl im eigenen Lande, als auch in anderen Ländern. Zu diesem Zweck müssen sie nicht nur in jedem anderen Lande die größtmögliche Zentralisierung ihres Kampfes anstreben, sondern sie müssen das im internationalen Maßstabe tun, indem sie in die kommunistische Internationale eintreten, sich mit ihr zu einer Armee vereinigen, deren verschiedene Teile bei gegenseitiger Unterstützung gemeinsam den Kampf führen.

Republik Deutschland

1. Betriebsrätekongreß Deutschlands.

Berlin, den 5. Oktober 1920.

1. Tag.

Heute trat der 1. Kongreß der Betriebsräte Deutschlands zusammen. Der 2. Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes P. Grafmann eröffnete den Kongreß mit einer Begrüßungsansprache, in der er darauf hinwies, daß außer den Delegierten auch viele Vertreter der deutschen und auswärtigen Regierungen, sowie verschiedene Betriebsräte auswärtiger Arbeiter-Organisationen anwesend seien. Er betonte dann, daß der Drang der Arbeitnehmer, mitbestimmend im Wirtschaftsprozess zu sein, nicht neu sei, sondern bestche, seitdem die Arbeitnehmer sich zu organisieren begonnen haben. Den Ruf: „Nur die Arbeit kann uns retten!“ habe die Arbeitnehmerschaft wohl aufgenommen, aber sie verlange, daß alle arbeiten, die zur Arbeit fähig sind. Redner ging dann kurz auf das Betriebsrätegesetz ein, das nicht befriedigend sei, das aber das Fundament bilde, auf dem die Gewerkschaften weiter bauen würden. Als Betriebsrat müsse aber stets nur der Tüchtigste gewählt werden, wenn wir die sozialistische Wirtschaft nicht nur einführen, sondern auch fortführen wollen. Diese Aufgaben sind aber auch nur dann zu erfüllen, wenn hinter den Betriebsräten als wichtige Stütze die Gewerkschaften stehen.

Es werden neben Grafmann (U. S. P. D.) und Aufhäuser (Afa) noch als gleichberechtigte Vorsitzende Hermann Reimkens-Essen (Metallarbeiter), Müller-Nürnberg (Schuhmacher), ferner als Schriftführer Förster-Potsdam, Schreiber-Hamburg, Giese-Breslau, Ehlers-Dresden, Rischmann-Jagendorf, Böttler-Dannover, Lang-Stuttgart und Fräulein Martini-Zieg-Hamburg gewählt.

In einer weiteren Geschäftsordnungs-Debatte wird von Koenen-Magdeburg die Zusammensetzung des Kongresses angefochten. Des Folge des vom Gewerkschaftsbundes und der Afa ausgearbeiteten Wahrgesetzes sei dieser Kongreß nicht das Spiegelbild der Gesamtarbeiterschaft. Aufhäuser tritt diesen Ausführungen entgegen. Es wird eine Mandatsprüfungskommission gewählt. Ein Antrag der Opposition (Anhänger der selbständigen Betriebsräteorganisationen), zu allen Tagungspunkten Korrespondenten zuzulassen, wird nach längerer Debatte mit großer Mehrheit abgelehnt. (1) Es wird beschlossen, dem 1. Diskussionsredner der Opposition zu jedem Tagesordnungspunkt eine halbe Stunde Redezeit zu gewähren. Einmütige Annahme findet ein Antrag, die in Deutschland befindliche Delegation der russischen Gewerkschaften einzuladen, an dem Kongreß teilzunehmen. Ebenso erklärt sich der Kongreß einstimmig dafür, daß die in Hamburg festgehaltenen russischen Genossen die Einreiseerlaubnis erteilt wird. Das Büro erklärt sich bereit, in diesem Sinne zu wirken.

Darauf wird das 1. Referat über die wirtschaftliche Lage Deutschlands entgegengenommen. Der Referent, Rudolf Wissell, gibt einen Überblick über die trostlose Lage, in der sich das deutsche Wirtschaftsleben infolge des Krieges befindet. Er konstatiert als wichtigste Tatsache, daß erheblich größere Mengen Nahrungsmittel zur Einfuhr notwendig sind als vor dem Kriege. Aber auch in Bezug auf die Rohstoffe für unsere Industrie trifft das zu. Das, was wir bisher eingeführt haben, konnte nicht bar bezahlt werden, sondern mußte zum größten Teil auf Kredit genommen werden. Es ist unmöglich, heute bei dem Stande unserer Valuta die Einfuhr mit Waren zu bezahlen. Mindestens 200 Milliarden Papier-Mark müßten wir haben, um nur die Friedenseinfuhr bezahlen zu können. Deshalb dürfen wir uns nicht darüber hinwegsetzen, daß noch lange Zeit Schmalhans Küchenmeister bei uns sein wird. Die Grundfrage, nach denen bisher unsere Wirtschaft geleitet wurde, können uns aus diesem Elend nicht wieder herausführen. Diese Grundfrage der kapitalistischen Wirtschaft haben dahin geführt, daß unsere Mark in Ausland immer weniger an Wert hatte. Zeitweise hat der Tiefstand unserer Valuta dazu geführt, daß die Unternehmers große Profite beim Export einheimten. Ihm sollte entgegengetreten werden durch die sogenannte soziale Anfuhrabgabe zu Gunsten unserer Arbeitsinvaliden. Leider ist es Tatsache, daß die Unternehmer in ihrem Widerstand gegen diese Abgabe noch von vielen Betriebsräten unterstützt werden. Man hat in den letzten Jahren das Wort geprägt: nur Arbeit kann uns retten! Die Leute, die das Wort prägten, schlichen jetzt einen Betrieb nach dem anderen, auch wenn Rohstoffe und Betriebsmittel vorhanden sind. Deshalb hat der Reichswirtschaftsrat auch verschiedene Forderungen auf-

Haben Sie

schon die „Schles. Arb.-Ztg.“ bei Ihrer Postansicht bestellt, damit Sie das Organ der U. S. P. D. schnell und regelmäßig erhalten? Schreiben Sie diesen Schein aus:

Zeitungsbestellung

In das

Postamt

Hier.

Bestellen Sie sich mit der Bestellung, denn jede Nummer der „Schles. Arb.-Ztg.“ bringt eine Fülle von interessantem Lesestoff!

gestellt, die diesem Eigenen der Unternehmer einen Damm entgegenzusetzen sollen. Es müßte aber nicht, sich große Hoffnungen auf die nächste Zukunft zu machen und gerade Betriebsräte sollten sich von allen Illusionen freimachen, dann können sie die Aufgaben meistern, die sie in unserem Wirtschaftsleben erfüllen sollen. (Beifall.)

Nach dem Referat tritt die Mittagspause ein.

Konferenz der U. S. P.-Delegierten zum Betriebsrätekongress.

Der Eröffnung des Betriebsrätekongresses ging eine Konferenz der Delegierten, die der U. S. P. angehören, voraus. Auf dieser Besprechung kam es zu grundsätzlichen Auseinandersetzungen. Nach einem ausführlichen Referat des Genossen Däumig, der auf die grundsätzliche Bedeutung des Kongresses gebührend hinwies, setzte eine äußerst lebhaft diskutierte ein. Es zeigte sich, daß die führenden Genossen der freigewerkschaftlichen Zentrale gegen selbständige Betriebsräte sind. Ihnen wurde gebührend geantwortet. Die Vertreter von Mitteldeutschland, München, Düsseldorf, Mannheim und Berlin erklärten übereinstimmend als Vertreter der Hand- und Kopfarbeiter, daß sie unbedingt auf dem Boden der Selbständigkeit der Betriebsräte stehen. Es wurden von Berlin Richtlinien als Unterlagen der Diskussion vorgelegt, die jedoch besonders vom Genossen Dismann (Stuttgart) scharf bekämpft wurden. Es dürfte nach seiner Meinung keine Betriebsräte ohne gewerkschaftliche Führung geben. Die Vertreter der Hauptzentren der Industriebezirke legten jedoch das Gegenteil davon klar. Nach heftiger Debatte kam es abends gegen 8 Uhr zur Abstimmung über fünf grundsätzliche Forderungen, und zwar: 1. Einberufung eines Kongresses aller Betriebsräte; 2. Ablehnung aller Arbeitsgemeinschaften mit Arbeitgebern; 3. Völlige Kontrolle der Produktion; 4. Völlige Selbständigkeit der Betriebsräte; 5. Bildung von Industrieverbänden. Der 1., 2., 3. und 5. Punkt wurden einstimmig, der 4. Punkt mit 97 gegen 42 Stimmen angenommen. Bei der Bildung des Fraktionsvorstandes mußte man den interessantesten Zwischenruf des Genossen Dismann hören: „Laßt diese Leute nur ruhig allein; ich werde mich als U. S. P.-Genosse von der Abstimmung nicht beeinflussen lassen.“

Die Beamten rühren sich.

Der Deutsche Beamtenbund, Berlin, hatte zum Sonntag drei große Protestversammlungen veranstaltet, die sich gegen die von der Regierung betriebene wirtschaftliche Niederhaltung der Beamten richtete. Ohne Debatte wurde nachfolgende Entschließung in allen Versammlungen einstimmig angenommen:

Die am Sonntag, den 3. Oktober, in Berlin zu Tausenden erschienenen Mitglieder des Deutschen Beamtenbundes erklären, daß ihre wirtschaftliche Lage völlig unhaltbar geworden ist.

Sie fordern den beschleunigten Abbau der Preise der wichtigsten Lebensmittel und Bedarfsgüter. Bis zur Durchführung dieses wirtschaftlichen Programms ist der Steuerzuschlag, insbesondere für die niederen Gehaltsstufen, ausreichend zu erhöhen.

Die Versammlung bedauert die wiederum versuchte Verquickung der an sich notwendigen Reformen zur Gesundung der Reichsfinanzen mit den zur Existenzhaltung bedingten Forderungen der Beamten und legt Verwahrung ein gegen die von den Regierungsvertretern geübte Verhandlungsmethode gegenüber den Beamtenvertretern in der Frage des Beamtenrätengesetzes.

Die Versammlung fordert die gesetzgebenden Körperschaften auf, ungehemmt die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um den vollständigen wirtschaftlichen Zusammenbruch der Beamenschaft zu verhüten.

Zur Hinblick auf das unterschiedliche Vorgehen von Reich, Ländern und Gemeinden in Beamtenfragen und den immer deutlicher zutage tretenden Mangel einer aktiven Beamtenpolitik veranlaßt die Versammlung, daß die Reichszentralstelle für Beamtenfragen endlich in Wirksamkeit tritt.

Berschnappt.

Während die parlamentarischen Klopffechter der kapitalistischen Ordnung in den Parlamenten und der Presse wieder und immer wieder betonen, daß die steuerliche Belastung der besitzenden Schichten in Deutschland die Grenze des Möglichen erreicht habe, entschlüpfen ihnen doch ungewollt hin und wieder auch einmal ein gegenläufiges Geständnis. So jetzt einem der erbittertesten kapitalistischen Sachwalter, dem demokratischen Reichstagsabgeordneten, Bankier und Reichsfinanzminister a. D. Dr. Dernburg, der im Anschluß an die Brüsseler Verhandlungen im „Berliner Tageblatt“ gegen die Behauptung polemisiert, die Steuerlast pro Kopf der französischen Bevölkerung sei stärker als jene pro Kopf derer Deutschlands. Dabei lehnt er die Methode der Berechnung der Steuerlast auf den Kopf der Bevölkerung ab und schreibt in diesem Zusammenhang:

„In der Kolonie Grunewald beträgt die Steuerleistung auf den Kopf vielleicht das Sechsfache bis Zehnfache derjenigen, die ein gleichgroßer Distrikt im Berliner Norden auf den Kopf ausbringt. Kann man nun sagen, daß die Grunewalder verhältnismäßig viel stärker belastet sind? Und kann man nach französischer Methode schließen, daß man zunächst im Norden die Steuern auf dieselbe Kopfhöhe gebracht werden müßten? Das ist klarer Unsinn! Die Steuerlast im dem armen Distrikt entspricht vielleicht dem äußersten Maß seiner Leistungsfähigkeit, in dem reichen Distrikt könnte sie zweifelslos viel eher noch anzeigen werden, ehe die Lebenshaltung auf das Niveau des Berliner Arbeiters herabgedrückt wird!“

Die Aufregung über die französischen Forderungen weist Dernburg einen bösen Streich: Sie läßt ihn ein-

sehen, daß die steuerliche Leistungsmöglichkeit der besitzenden im Gegensatz zu der der proletarischen Schichten noch längst nicht im höchstmöglichen Maße ausgeschöpft ist. Was die Herrschaften à la Dernburg nicht hindern wird, bei nächster Gelegenheit wiederum über die unerträglichen Steuerlasten der Profit- und Rentenschlucker zu jammern, um so neue indirekte Steuern zu begründen.

Chronik der Bürgerdiktatur.

(Fortsetzung.)

Bayern.

I.

Im Zusammenhang mit Betrachtungen über den Hamburger Kongress der bayerischen Volkspartei schreibt die „Humanität“ dann:

„Die Bayerische Volkspartei, mit deren Führern die französischen Diplomaten offizielle Besprechungen hatten und noch haben, hält an der deutschen Einheit fest, aber auf monarchistischer Basis. Tatsächlich schließt die Verfassung die Wiederherstellung der Monarchie in den Bundesstaaten aus. Die bayerische Reaktion scheint auf die Unterstützung der Entente, und besonders Frankreichs, zu spekulieren, um das Recht, einen König einzusetzen, wiederzuerobern. . . Wir werden nicht aufhören, auf die gefährliche und antirepublikanische Politik hinzuweisen, die von einigen Abgeordneten des Quai d'Orsay verfolgt wird, sowohl in Speyer als in München, Wien und Budapest.“

Das französische „Republikaner“ aus Gründen der Zerkügelung Deutschlands gern bereit sind, die denkbar größten Konzessionen an die monarchistischen Bestrebungen in Bayern zu machen, war bekannt, und daß bayerische Monarchisten in ihrer blinden Wut gegen die Revolution sich nicht scheuen, dem monarchistischen Prinzip größere Huldigungen zu bringen als den der Reichseinheit, war ebenso wenig ein Geheimnis.

II.

Der Münchener „Kampf“ schrieb vor einigen Tagen:

Vor wenigen Tagen schon berichteten wir über einen Feuerüberfall aus Infanteriegewehren, mit dem in Geisenbrunn bei München unser Genosse Berger, der Vorsitzende der dortigen U. S. P.-Gruppe, während der Nachtzeit samt seiner Familie schwer gefährdet wurde. Nunmehr wird uns mitgeteilt, daß im selben Orte zwei weitere Ueberfälle auf Genossen der U. S. P. sich ereignet haben. Am Sonnabend, den 19. v. Mis., abends 1/2 8 Uhr, schaute Genosse Berger zum Fenster seines Wohnzimmers heraus, als plötzlich aus dem Dunkel auf ungefähr 13 Meter Entfernung zwei Schüsse ausblitzten. Ein Schuß ging 10 Zentimeter über den Kopf Bergers hinweg ins Fensterglas. Die ausgegrabene Kugel liefert den Beweis, daß dieser eine Schuß aus einem Infanteriegewehr abgegeben wurde, wie es heute aus dem Lande nur die G. W. besitzt. Der zweite Schuß, der zu tief saß und in die Mauer traf, stammte aus einem Revolver. Tags zuvor fand Berger an seiner Haustüre angeheftet folgenden Zettel: „Was uns das erste mal nicht gelang, gelingt uns ein andermal. Verlasse die Ortschaft!“

Am Mittwoch, den 22. v. Mis., hielten die vereinigten U. S. P. und M. S. P. eine Versammlung ab, in der sie durch eine Kundgebung die Einwohnerwehr aufforderten, nach den Verbrechen zu fahnden. Gegen 1/2 12 Uhr nachts gingen Genosse Gaurieder und der Vorsitzende der M. S. P., Stelzmann, gemeinsam am Stück Wegs nach Hause und trennten sich dann an einer Straßenecke. Kurz darauf fiel auf ungefähr 80 Meter Entfernung ein Infanterieschuss, dessen Kugel hart am Körper des Genossen Gaurieder vorbeisagte. Der Täter konnte, da er austrifft, nicht festgenommen werden.

Wenn so schlechte Schützen die Einwohnerwehr zieren, so ist es allerdings notwendig, daß sie in einem Landes-schießen sich einüben. Im übrigen wissen wir, woran wir sind, um so mehr, als trotzdem unser Landesminister, Genosse Unterleitner, mit dem Genossen Berger am Ministerium des Inneren waren und dort Maßnahmen versprochen bekamen, bis heute nichts derartiges geschehen ist. Die U. S. P. ist eben vogelfrei.

III.

Das „Berl. Tagebl.“ meldet:

Der Untenhausener Bauerntag, der schon vor dem Friege durch die dort gehaltenen echt bawarischen Reden alljährlich Beachtung fand, hat auch diesmal wieder seinem Namen durch eine Rede des Abgeordneten Dr. Zahnrecher Ehre gemacht. Entsprechend dem Hamburger Programm der Bayerischen Volkspartei vertrat Zahnrecher die Forderung eines ausgeprochenen Föderalismus, für den er sich als Vorbild die Vereinigten Staaten von Amerika denkt. Bayern müsse den Bayern wieder erobert werden. Die Hauptforderung sei: Los von Berlin! Das heiße nicht, daß Bayern nicht treu zum Reiche stehe, aber das könne es nur dann, wenn das Reich nicht das Versuchsfeld halbsowissenschaftlicher Experimente werde. Bayern würde sich von einem solchen Reiche trennen, und dieses würde dann erst wieder mit Bayerns Hilfe gefunden können. Die Weimarer Verfassung müsse einer bundesstaatlichen Verfassung weichen.

IV.

Wir entnehmen der „Berl. Ztg.“:

In München erscheint ein monarchistisches Blättchen, die „Marienburg“, das von einem Oberleutnant Ruhn herausgegeben wird. In der Redaktion dieses Blättchens ist uenlich eine Hausfuchung abgehalten worden.

Ueber das beschlagene Material will das „Berliner Tageblatt“ erfahren haben, daß sich u. a. Schriftstücke, Briefe und Aufzeichnungen darunter befinden, welche die gegenwärtige Politik des vielgewandten Grafen Bothmer, sowie die Königspolitik der bayerischen Königsparthei und die Separationsbestrebungen des Herrn Dörcken beleuchten. Alle diese Personen scheinen mit französischen maßgebenden Stellen in Verbindung und Gedankenaustausch zu stehen.

Ihre Bestrebungen lassen sich in die Parole zusammenfassen: „Los von Berlin!“ Sie hoffen ihre Pläne mit weitgehender Unterstützung durch Frankreich im Laufe des kommenden Winters realisieren zu können. Bothmer soll Beziehungen zu den pfälzischen Separalisten, den schlesischen Autonomisten in Breslau, zur Westfalenpartei in Hannover, zu ostpreussischen Organisationen und Bern und Paris haben. (Die Chronik wird fortgesetzt.)

Kapitalistische Wirtschaft.

—

Trostlose Lage der Binnenschifffahrt.

Der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ vom 29. September wird aus Hamburg geschrieben, daß zurzeit die deutsche Binnenschifffahrt in allen Stromgebieten in einer katastrophalen Lage befindet. Ueberall macht sich harter Verfühlungsangel bemerkbar, da die Schiffsfrachten in den letzten Monaten einen so enormen Steigerungsgrad erreicht haben, daß eine allgemeine Abwanderung der inländischen Verleger stattgefunden hat. Wie katastrophal gerade die Lage der Elbeschifffahrt ist, geht unter anderem aus der Mitteilung des Reichsverkehrsministeriums hervor, wonach in Hamburg seit geraumer Zeit ein Leerraum von 250 000 Tonnen vorhanden ist. Die gesamte Elbestotte liegt infolge des Mangels an Ladungen fast gänzlich still.

Das Transportwesen wird immer mehr zerrüttet. Straßenbahnen werden eingestellt, Kleinbahnen abgerissen, 15 Milliarden Defizit bei den Staatsbahnen und nun Stillliegen eines großen Teiles der Binnenschifffahrt! Ein treues Bild kapitalistischer Anarchie!

Mucher der Fischereigesellschaften.

Die Fischereigesellschaften nutzen die Lebensmittelnot des Volkes wacker aus. Obwohl in den Gesellschaftsberichten allgemein gute Fänge festgestellt werden, bleiben die Fischpreise hoch immer in enormer Höhe. Das ist nicht zu verwundern, wenn man die Bilanz der einzelnen Unternehmens überprüft. So schließt die Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“ in Nordham mit einem Reingewinn von 1 285 000 Mark gegenüber 641 000 Mark im Vorjahre ab. Dabei haben sich die Abschreibungen mit 647 000 Mark im Vergleich zum letzten Geschäftsjahr mehr verdoppelt. Trotz eines großen Vortrages bringt die Gesellschaft 20 Prozent Dividende gegenüber 12 Prozent im Vorjahre zur Ausschüttung. Wird man auch hier behaupten, daß eine Sozialisierung der Fischerei die Fische nur verteuere?

Die europäischen Finanzen.

Auf der Brüsseler Finanzkonferenz gaben die Vertreter der europäischen Staaten Bericht über die Finanzlage ihrer Länder. Die „Industrie- und Handels-Zeitung“ meldet darüber:

Die Finanzlage Hollands kann, obwohl die Budgetzahlen hoch sind, als gesichert angesprochen werden. Holland ist es gelungen, alle seine Staatsbedürfnisse durch feste Anleihen aufzubringen und ferner eine starke Ausspannung der direkten und indirekten Steuerquellen vorzunehmen. Unter diesen Umständen hält sich die Geldinflation in ziemlich engen Grenzen, und hierin liegt auch die Erklärung für den günstigen holländischen Wechselkurs.

Die finanzielle Verfassung Norwegens bietet ein weniger günstiges Bild. Trotz Erhöhung der laufenden Steuern und des Verfalls, die außerordentlichen Ausgaben durch Besteuerung der Kriegsgewinne und der Schiffstonnage zu decken, ist die schwebende Schuld angewachsen. Auch der Wechselkurs nahm infolge der passiven Handelsbilanz eine wenig günstige Entwicklung.

Ebenso wenig erfreulich ist die Finanzlage Schwedens. Trotz des lebhaften Bestrebens, die laufenden Bedürfnisse durch die Steuerpolitik, in erster Linie starke Erhöhung der direkten Steuern, zu decken, ist die Staatsschuld gleichfalls stark angewachsen. Allerdings ist der schwedische Kapitalmarkt durch das Ausland übermäßig in Anspruch genommen, womit ein Teil der inländischen Inflation und der damit verbundenen Preissteigerung zusammenhängt. Es dürfte auch schwer fallen, das Gleichgewicht der Handelsbilanz wieder herzustellen.

Auch die Schweiz bietet finanzpolitisch kein günstiges Bild. Die Handelsbilanz ist passiv.

Im Gegensatz zu den vorerwähnten Staaten kann Spanien durchaus als finanziell gefestigter Staat bezeichnet werden. Seine finanzielle Stärke beruht auf der aktiven Handelsbilanz, die dem Lande neben der Schuldentilgung noch ermöglichte, dem Auslande Anleihen zu gewähren und sogar darüber hinaus 2 Milliarden zur Stärkung der Reserve seiner Notenbank hineinzunehmen. Die innere Schuld und das Budget weisen zwar hohe Zahlen auf, aber die Grundlagen können trotzdem als günstig angesehen werden.

Die Tschecho-Slowakei hat zu ihrer Konstituierung Ausgaben machen müssen, die sie aus eigenen Mitteln decken konnte, und erfolgreiche Anstrengungen zur Verbesserung ihrer finanziellen Lage unternommen. Ingo-Lawien befinden sich in schwieriger Lage, hat aber bereits ein umfangreiches Wiederaufbauprogramm aufgestellt.

Die polnischen Finanzen befinden sich in einer geradezu trostlosen Verfassung: wenig Aktiva, dagegen hohe Schulden, gewaltige Ausgaben für die Industrie und die Bedürfnisse der inneren Verwaltung, wachsende Einfuhrsteuern, steigender Notenumlauf bei sinkendem Wechselkurs sind die Merkmale für die polnische Finanzlage. Polen erhofft eine Reorganisation, sobald die Last des Krieges behoben ist und die Abstimmung in Oberschlesien die Einfuhr der Kohlen fortfallen läßt.

In nicht minder ungünstiger finanzieller Lage befinden sich die Randstaaten, also Litauen und Estland. Bei beiden sind die Grundlagen dieselben; hohe Budgetdefizite, geringe Steuermöglichkeiten, große Wareneinfuhr gegenüber

geringer Ausfuhr, daneben hohe Staatsschulden und völlig ungelöste Geldverhältnisse.

Finland dagegen bietet das Bild eines Landes, das dank seinem wirtschaftlichen Reichtum in der Lage sein dürfte, die bestehenden finanziellen Schwierigkeiten mit Unterstützung des Auslandes zu überwinden.

Der ehemalige Gouverneur der Oesterreich-Ungarischen Bank und Finanzminister Popowich entwarf das trostlose Bild der Wirtschaftslage Ungarns. Der ungarische Staat, der durch zwei schwere Revolutionen mitgenommen sei, lebe nur durch die Notenpresse. Früher kamen 60 Kronen des Notenumlaufes auf den Kopf der Bevölkerung und heute 1600 Kronen. Die Trostlosigkeit der Lage des Landes erblickt die Tatsache, daß vor dem Kriege ein Budget von 2 1/2 Milliarden Kronen, das heutige Budget von 23,2 Milliarden gegenübersteht. Der Mißstand ist infolge der beschränkten Maßnahmen der Privilegierten Staaten nur zum Teil möglich. Es besteht kein Zweifel, daß ohne eine Hilfe von außen das Land nicht hochkommen kann.

Der der Finanzkonferenz vorliegende Bericht über die wirtschaftliche und finanzielle Lage Frankreichs betont, daß die Staatsausgaben vom 1. August 1914 bis zum 11. November 1918 200 Milliarden Franken betragen haben. Davon wurden 32 Milliarden durch Steuern gedeckt, 54 Milliarden durch konsolidierte innere Anleihen, 32 Milliarden durch ausländische Anleihen und 50 Milliarden durch kurzfristige Bankanleihen. Die Steuern betragen 754 Franken für den Kopf der Bevölkerung gegenüber 129 Franken 1913. Die Steuern auf die großen Vermögen stiegen auf 370 Prozent. Für die verwüsteten Gebiete sind 20 Milliarden ausgegeben, davon 19 Milliarden seit dem 1. Januar dieses Kalenderjahres. 77 Prozent der vernichteten Industrien sind wiederhergestellt oder teilweise dem Betrieb zurückgegeben. 200 Prozent der Arbeiter von vor dem Kriege sind wieder tätig. Die gegenwärtige Kohlenproduktion beziffert sich in den ersten sechs Monaten des Jahres 1920 nur auf 6 Prozent der gleichen Produktion des letzten Friedensjahres. In den verwüsteten Gebieten sind 590 000 Häuser zerstört und davon 300 000 glatt verschwunden. Die Staatsschuld beträgt 236 Milliarden. Die ausländische Schuld ist wesentlich vermindert worden. Der englische und der amerikanische Staat haben jedoch noch immer große Forderungen. Der Bericht schließt mit einem Appell an die Konferenz, Frankreich durch Erfüllung des Friedensvertrages in seinem Bestreben nach Wiederaufbau zu schützen.

Der bekannte Finanzkritiker Bruno Buchwald schreibt in der „Welt am Montag“ über die Brüsseler Konferenz u. a.: „Die Sachverständigen, die sich in Brüssel versammelt haben, um zu beraten, wie sie dem finanziellen Bankrott Europas vorbeugen können, haben bisher herzlich wenig praktische Arbeit geleistet. Wirklich wirksame Hilfe für Europa kann nur aus den Vereinigten Staaten von Amerika kommen. Dieser Gedanke beherrschte auch die Brüsseler Konferenz. So weist natürlich die Experten über die Finanzlage auch abgefaßt waren: die Delegierten bemühten sich doch, ein Körnchen Zuspruch in ihre Darstellungen zu bringen, damit Amerika doch endlich in den Selbstakt greife. Aber jenseits des Ozeans will man von umfangreicher Kreditgewährung an Europa nichts wissen. Der amerikanische Vertreter Boyden sprach mit großer Zurückhaltung. Es werde gegenwärtig schwer halten, die amerikanischen Geschäftskreise zu bewegen, ihre Gelder in Europa zu riskieren; umso mehr, als sie in der Heimat reichlich Gelegenheit zur Kapitalanlage hätten.“

Aus der Partei.

Erklärung.

Am jedem Freitag und jeder Freitag vorabgehen, erklären wir, daß wir gegen die zahlreichen Anträge des Zentralkomitees, die sich in ihrer Tendenz sämtlich gegen den bisherigen Anschluß an die dritte Internationale richten, protestiert haben und daß diese Anträge, Mittellungen usw. gegen unseren Widerspruch beschloffen werden sind.

Karl Baumig, Walter Stocker, Adolf Hoffmann, Wilhelm Koenen, Bertha Braunthal.

Um Moskau.

Bezirksparteitag Mittelhain (Köln). 70 Stimmen für, 4 Stimmen gegen Moskau.
Bezirksparteitag Magdeburg. 41 Stimmen für, 43 Stimmen gegen Moskau.
Frankfurt a. M. Es wurden 4 Delegierte zum Parteitag gewählt, die sämtlich für die Annahme der Bedingungen sind.
München. Es wurden 2 Delegierte gewählt, beide für die Bedingungen.
Urwahl. Wilhelmshaven. 222 für, 287 gegen.
Odenburg-Land. 70 für, 408 gegen. Salzwedel. 10 für, 283 gegen.

Kolales.

Breslau, den 7. Oktober.

Achtung! Ortsgruppe Breslau!

Diejenigen Genossen, die für die Bezirksparteitag-delegierten Nachtermin frei haben, werden gebeten, ihre Adressen sofort dem Ortsrat anzugeben und hinzuzufügen, ob sie einen Genossen oder eine Genossin aufnehmen können.
Der Ortsrat.

Der russische Rubel.

Wir erhalten folgende Zuschrift:
Seit Monaten findet man in der „Volkswacht“ jeden Tag Artikel, die in eifriger Weise sich gegen die Unabhängigen richten. Jeder Mensch, der auch nur die geringsten Lebenserfahrungen besitzt, weiß, daß sich in jeder Partei schlechte Elemente einschleichen. Nicht einer jeden Partei ist es natürlich, diese Elemente abzutreiben, dieser Pflicht ist die Unabhängige Sozialdemokratische Partei nachgekommen, ob die S. P. D. ebenfalls so handelt, will ich hier nicht unteruchen. Wie eine Kage lauert die Redaktion der „Volkswacht“ im Versteck. Daß sich ein Mensch, der bei den Unabhängigen organisiert ist, etwas zu schulden kommen, so fällt die „Volkswacht“ aus ihrem Hinterhalt über den Sünden her in einer schamlosen Weise, wie man es von einem sogenannten Arbeiterblatt nicht erwarten sollte. Auf etwas mehr oder weniger Schwindel kommt es nicht an. Die Hauptsache ist, den Unabhängigen etwas auszuwichen. Die „Volkswacht“ weiß ganz genau, daß auch in der S. P. D. Elemente sind und auch vorhanden waren, die allerdings unabweisbare Sachen vollbrachten, aber wir haben keine Lust, in dem Stinkfäßel der S. P. D. herumzuführen, um Stimmen- oder Mitgliederfang zu treiben, das überlassen wir der „Volkswacht“.

Weiter macht die „Volkswacht“ ihre Glossen darüber, daß Schließen nur einen Delegierten zum Parteitag entsendet, weil nicht abgerechnet wurde. Aber auch das wissen die „Volkswacht“-Schreiber, daß es vorkommen kann, daß die Zentrale Zuschüsse den Bezirken leisten muß, die in der Aufwärtsbewegung stehen. Sollte doch noch kurz vor dem Kriege die Ortsgruppe Breslau der S. P. D. ein ganz schönes Schuttdonk bei der Zentrale Berlin. Also nur nicht jammern. Unerhörte Niedertracht von der „Volkswacht“ ist es aber, wenn sie den Schwindel in die Welt setzt, die „Schlechte Arbeiter-Zeitung“ würde von russischer Seite finanziert oder ausgehalten. Wir wollen der „Volkswacht“ verraten, daß die U. S. P. D. Genossen Salskiens das Opfer bringen, unsere Zeitung hochhalten, im übrigen sollte die „Volkswacht“ sich an ihrer eigenen Nase jehen, denn sie weiß doch, daß es der „Volkswacht“, als sie nach ein ausgeprochenes Arbeiterblatt war, auch schon mal sehr dreistig ging. Mehrere Blätter der S. P. D. haben ihren Betrieb auch einstellen müssen, und wie nicht es mit dem schweren Schuldtonk der „Reiniger Volkszeitung“ aus? Au weh! Wo nicht so hochmäßig. Und nun ein paar Worte zu meiner eigenen Sache. Die „Volkswacht“ glaubt, mit unterrichten zu müssen, daß ich auch von dem russischen Rubel angelockt wäre, denn sonst würde ich nicht den russischen Sichel lecken und die 21 Bedingungen von Moskau annehmen. Auch hier will ich der „Volkswacht“ gern verraten, daß ich Parteigenossen gegenüber unvorhergeh gegen den Punkt 13 Bedenken geäußert habe, bin aber nicht dafür eingetreten, im Interesse der sozialen Revolution die Bedenken zurückzustellen. Habe ich doch lange vor der Breslauer Entscheidung in der Provinz den Anschluß zu den Bedingungen empfohlen. Nachdem ich aber die Abhandlung Lenins über die Einsetzung der Bedingungen gelesen habe, sind die Bedenken vollends verschwunden. Im übrigen lasse ich mir von dem Artikelreiber keine Meinung aufzwingen, sondern bilde mir meine Meinung selbst und betrachte es als eine Unverschämtheit, von der Ledung durch den russischen Rubel zu sprechen. Warum nennt der Artikelreiber seinen Namen denn nicht, damit man weiß, gegen welchen Schmutzstufen man sich zu wehren hat, aber wie immer, hinterhältig und feige. Heute, wo die Reaktion mit Einschluß der reaktionären S. P. D. die Macht hat, gehört Mut dazu, sich zur 3. Internationale zu bekennen. Bis 1914 der Krieg mit seinen namenlosen Unglück kam, da gehörte Mut dazu, sich gegen die Kriegsheber zu wehren. Wo waren da die „Volkswacht“-Anhänger? Sie küßten die Stiefel Ludendorffs und

Wilhelm II. In der „Volkswacht“ wurde das Durchhalten gepredigt. Kohlenrezepte wurden in S. P. D.-Zeitung veröffentlicht. Wenn die Arbeiter, um ihre Löhne zu verbessern, zum Generalkstreik greifen wollten, dann ichre diese Beschlüsse: „Das ist Vaterlandsverrat“. Ueber Programme und Parteibeschlüsse setzte man sich hinweg. Da war die Parole: Ich kenne keine Parteien mehr, da war der Burgfriede Trumpf. Gewerkschaften zeichneten auf Wunsch von S. P. D.-Leuten Kriegsanleihe. Den armen Kranken wurden auf vielen Stellen die Unterfügungen gefürzt, damit die Klassen Kriegsanleihe zeichnen konnten; dieses sollen nur einige Proben sein. Und diese Leute wollen sich über ein „Diktat“ der 3. Internationale aufregen, um im Trüben zu fischen, daher auch die Riesenreklame mit allem Schwindel. O, diese Dichter. Und nach der Revolution, liebe Tante von der Graupenstraße, da waren es wieder Ihre Anhänger, die von einem Arbeitererrat zum andern getaumelt sind, nur um es mit den Kapitalisten nicht zu verderben. Mit den konterrevolutionären Offizieren Hand in Hand wurde das revolutionäre Proletariat zu Boden geschlagen, mit dem berühmten Schlagwort: „Wir hauer nach links und hauer nach rechts.“ Wo aber hingeschlagen wurde, weiß der Proletarier. Ich frage die „Volkswacht“: Wer war es, der für die Technische Nothilfe Reklame machte? Wer waren die Leute, die in der Nationalversammlung dafür sorgten, daß den Betriebsräten keine Macht zugestanden wurde? Wer hat die Sozialisierung verhindert? Hände könnte man schreiben über den Verrat an der Arbeiterklasse durch die S. P. D.

Die „Volkswacht“-Anhänger haben indirekt den Kapo-Bußch verschuldet. Sie hatten geschlafen und glaubten durch ihre Freundschaft und durch das Bündnis mit Demokraten und Zentrum vor Ueberraschungen gesichert zu sein. Da kam Kapp und man riß die Augen auf, aber viel gelernt hat man heute noch nicht. Man fühlt sich heute wohl in den Arbeitsgemeinschaften mit den Kapitalisten zusammen. Heute gibt es S. P. D.-Leute, die dafür eintreten, daß die Löhne abgebaut werden müssen, wenn Tee, Kaffee und Tabak billiger werden. Kohlenrezepte hatten sich ja auch schon eingefunden für die Arbeiter. Und das nennt sich Arbeiterpartei! Das Erfurter Programm liegt der S. P. D.-Partei gerissen vor den Füßen. Und dieses Sammelurium nennt sich sozialdemokratische Partei. Kappinische Mörder sind auf freiem Fuße. Wo aber während gemachte Arbeiter einen Offizier erschlagen hatten, da bestätigte der Reichspräsident Gbert das Todesurteil gegen diese. Die S. P. D. hat selbst die schwerste Schuld an den traurigen Zuständen, in denen sich das gesamte Proletariat befindet. Sie schrien nach der Einigung des Proletariats, aber seit Monaten beschmugen sie in ganz gemeiner Art und Weise unsere Partei und deren Führer, so daß man annehmen muß, ihr Einigungsgeheimnis ist nur Heuchelei. Die S. P. D. weiß genau so wie wir, daß sich das internationale Kapital einigt ist, und dieser Kapitalisten-Internationale setzen wir eine wahrhaft proletarische Internationale in der drüen gegenüber. Die zweite Internationale ist dem Tode geweiht, wegen Unfähigkeit, die Arbeiterinteressen zu vertreten. Möge die gelbe Internationale ruhen. Die Wit der „Volkswacht“ ist natürlich zu begreifen, daß die „Schlechte Arbeiter-Zeitung“ jetzt täglich erscheint. Aber wir können der Tante „Volkswacht“ nicht helfen, höchstens ihr so einheizen, daß sie noch mehr Bursche jählig wie bisher, und ihren durch die Resolution zerfetzten Bürgerweiden mit den Deutschnationalen wieder schließt. Wir kommen aber durch das tägliche Erscheinen der „Schlechten Arbeiter-Zeitung“ endlich in die Lage, jeden „Volkswacht“-Schwindel niedriger zu hängen und wir können der „Volkswacht“ nur empfehlen, ihre Mitglieder mehr über das Erfurter Programm aufzuklären. Oder geht das nicht? Ich gebe zu, es fällt der „Volkswacht“ schwer, denn dann würden ihre Anhänger merken, daß das Programm nur auf dem Papier steht und alles nur ein großer Volksbetrug ist. Es ist heute ja leichter, einen Gegner perönlich zu beschimpfen, als wie im ehelichen Kampfe einem politischen Gegner gegenüber zu treten, das müßte ich der „Volkswacht“-Redaktion noch jagen, hoffentlich schlägt dieser bald ihr Gewissen, vorausgesetzt, daß noch ein Gewissen vorhanden ist.

W. Ziegler.

Quittung!

Zum Reichstagswahlkunds sind noch nachstehende Beträge zu quittieren: Liste 64 (Krause) 15,60 Mk., Greifenberg 6,00 Mk., durch Genosse Strauch 45,00 Mk., Liste 181 (Führmann) 2,00 Mk., Liste 81 (Siebs) 2,00 Mk., Conradswaldau 68,50 Mk., Glas 23,00 Mk., Löwenberg 20,25 Mk., 6 Listen Ober-Hermesdorf 101,60 Mk., Penzig a Kontowitten 20,00 Mk., Liste 211 (Schmig) 25,15 Mk., Conradswaldau 7,00 Mk., Dume 5,00 Mk., Soyerswerda 763,00 Mk., Arnsdorf 45,00 Mk., Steinjessen 110,15 Mk., Woschwitz 20,50 Mk., Priebus 130,00 Mk., Rüggersdorf 59,50 Mk., Glas 33,20 Mk., Grotzberg 27,85 Mk., Penzig 22,50 Mk., Krawasser 183,90 Mk., Schwarzwaldau 84,90 Mk. Summa: 2511,65 Mk. Dswald Scholz, Kassierer.

Änderung der Gasperrstunden.

Der Magistrat beschloß, die Gasperrstunden ab Mittwoch, 6. Okt., wie folgt festzusetzen: An Werktagen von 8 bis 12 und 2 bis 5 1/2 Uhr, an Sonntagen von 9 bis 12 und 2 bis 5 1/2 Uhr.

Verantwortlich für innere Politik, Wirtschaft, S. Willetou und Produktions: Dagobert Lubinski; für äußere Politik, Kate, Partei, Internationales und Lokales: Erich Kunik; für Justiz und Freiz. Ulrich. Druck: Buchdruckerei Büffel & Danigel, sämtlich in Breslau.

Genossen! Besucht die Distrikts-Abende.

Stadtheater. Donnerstag 7 Uhr: Die Jidin. Freitag 7 Uhr: Die Fledermaus.
Johr-Theater. Donnerstag 7 1/2 Uhr: Hölle der Pandora.
Ostia-Theater. Donnerstag 7 1/2 Uhr: Henna-Abend.
Schauspielhaus. Donnerstag 8 1/2 Uhr: Der Nipponerprinz. Freitag 7 1/2 Uhr: Die Frau im Hermelin. Samstag 7 1/2 Uhr: Drei alte Schellen.
Hörner. Donnerstag 7 1/2 Uhr: Die Frau im Hermelin. Freitag 7 1/2 Uhr: Drei alte Schellen.
Hörner. Donnerstag 7 1/2 Uhr: Die Frau im Hermelin. Freitag 7 1/2 Uhr: Drei alte Schellen.
Hörner. Donnerstag 7 1/2 Uhr: Die Frau im Hermelin. Freitag 7 1/2 Uhr: Drei alte Schellen.

Die Internationale! Das ge-nialste Volks-schauspiel für Berlin eine sensation, bejahren allebedeutend. Jeden i. Gebände des Zirkus Busch täglich abends 8 Uhr.
Blumetalle. Jaktisch, Markt 26.

LIEBICH-Theater. Täglich 7 1/2 Uhr. 12 Attraktionen des Oktober-Programms, u. a. HENRY BENDER

Distrikt 13, Matthiasstraße 140. Donnerstag, 7 1/2 Uhr abends. Distriktsversammlung. Empfehle der Genossen: Zeltzeuge, Jaleits, Gendarmische, Flacke, Schützenkoffe, Solenzuge zu allerschönsten Preisen. Kasper jehen gern zu Diensten. Carl Hennig, Schönsfeld, St. Habelschwerdt.

Apart gesteckte Filzhüte in modernen Farben. Samthüte. Velourhüte. Umpresshüte. M. Tichauer. Größtes Spezialhaus für Bonneten. engere Reuschestr. 16-18

Frauen! Wenn alles verjagt dann nehmen Sie bei Periodenlösung und Unregelmäßigkeiten meine unerschöpflich bewährte Padmate. Preis Mk. 17,- u. 25,-. Nicht freim. Postfrei. Ferner empfehle: Gummwaren für Damen und Herren, Spülspitzen, Frigatoren, Leib- u. Hosentücher. Katalog gegen Einzahlung von Mk. 1,-.
Frau A. Gebauer. Breslau S. 11. Deffauer Straße 1, II. Ede. Hochw. - Str. 36.

Ata reinigt und scheuert alle Geräte aus Porzellan, Emaille, Holz, Metall, Glas, Stein, Marmor usw. Bestes Scheuerpulver für Haushalt, Gewerbe u. Industrie. Vorzüglicher Herdputz. Ueberall erhältlich. Henkel & Co., Düsseldorf. Fabrikanten von „S24“ und Henkel's Bleich-Soda.

Distrikt 4 und 14, Gellhornstraße 11. Freitag, den 8. Oktober, 7 1/2 Uhr abends. Gemeinsame Mitglieder-Versammlung. Referent: Genosse Kunik. Thema: Das marxistische Zentrum. Distrikt 12, Steinauer Straße 2. Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr spricht Genosse Löwenthal über: Die Vertreter des marxistischen Sozialismus im 19. Jahrhundert. Pünktlich erscheinen!!